

1. **Demographischer Wandel**, d.h. Veränderung der altersmäßigen Zusammensetzung der Bevölkerung ist **Fakt** und seine Entwicklung unter verschiedenen Annahmen („Szenarien“) auch absehbar.
Ein Teil dieses Wandels ist die deutliche Zunahme **der „Alten“**.
 Natürlich hat die demographische Entwicklung deutliche gesellschaftliche Auswirkungen, die Risiken und Chancen beinhalten und politisches Handeln erfordern.
2. Die **erste Verkürzung** der Diskussion ist die alleinige Betrachtung des „**Altersquotienten**“. Veränderungen des „Jugendquotienten“, des Anteils der Erwerbsfähigen und der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung sind ebenso gewichtige demographische Faktoren.
3. Die **zweite Verkürzung** der Diskussion ist die Behauptung, aus demographischen Gründen ist der **Sozialstaat**, insbesondere die gesetzliche Altersversorgung ohne gravierende Einschnitte **nicht mehr finanzierbar**.
 Wesentliche andere Faktoren, die massiv Einfluss auf die Finanzierung der Altersversorgung haben, wie die Entwicklung der Produktivität (= Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen oder je Erwerbstätigenstunde), der Lohnquote, der Arbeitszeit, der Arbeitslosigkeit, der Erwerbsquote, vor allem der Frauen (in Deutschland z.Z. eklatant niedrig im internationalen Vergleich), das Ausmaß der Nichteinbeziehung von Einkünften und Personen in die Finanzierung des Sozialstaats u.a.m. werden außen vorgelassen. Gerade alle diese Faktoren sind aber durch politische Maßnahmen gestalt- und veränderbar.
4. Durch diese beiden Verkürzungen diente der „**demographische Wandel**“ als **Sachzwang**, dem man nur mit **massiven Einschnitten in den Sozialstaat**, insbesondere durch Rentenkürzungen, begegnen könne. Die vorhandenen politischen Entscheidungsmöglichkeiten und die politische Verantwortung wurden dadurch einfach ausgeblendet und verleugnet. Alternative Modelle, die der Überwindung der aktuellen Finanzkrise der Rentenkassen ebenso gedient hätten (s. Ver.di-Modellrechnung 2003), wurden gar nicht erst zur Diskussion gestellt, die mögliche künftige Einbeziehung aller Erwerbstätigen und Einkünfte in die Finanzierung der Altersversorgung (Kapital- und Mieteinnahmen; Bürgerversicherung) blieb außen vor.
 Stattdessen wurde mit dem Argument der **angeblich notwendigen Lohnnebenkostensenkung** die **paritätische Finanzierung** der Altersvorsorge **aufgegeben** und mit der sog. **Privaten Vorsorge** („Riesterrente“), die allein von den Arbeitnehmern und mit staatlichen Subventionen finanziert wird, ein gigantisches „**Förderungsprogramm**“ für die **Versicherungswirtschaft** aufgelegt
5. Die heute klar **absehbare Folge** wird eine **gravierend steigende Altersarmut** wegen der Einschnitte in die Rentenversicherung und der Erhöhung des Renteneintrittsalters sein. In Relation zur gesamten Armuts- und Reichtumsentwicklung kann man heute dagegen noch nicht von einer besonderen Altersarmut sprechen.
6. Der **demographische Wandel** ist somit **nur ein Teilaspekt der gesellschaftlichen und sozialen Entwicklung** und schon gar nicht der wichtigste, wie die Modellrechnungen von Bosbach und anderen auch zeigen.

Unsere **politische Aufgabe** ist es:

- a) für die Rücknahme der erfolgten **Einschnitte in den Sozialstaat** zu kämpfen
- b) für die ausgesparten **politischen Handlungsmöglichkeiten** zur künftigen Sicherung und Ausbau des Sozialstaats einzutreten und sie einzufordern
- c) unsere Gesellschaft entsprechend dem demographischen Wandel, d.h. z.B. der Zunahme der Alten, **sozial zu gestalten** und die Chancen, die in diesem Wandel liegen, zur Entfaltung bringen und zu nutzen.